

Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung
Pressemeldung
19. Oktober 2010

Allianz fordert Neubewertung der geplanten festen Fehmarnbeltquerung
Sprecher Ninnemann: Kosten und Nutzen müssen im Verhältnis stehen

Die Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung fordert Deutschland und Dänemark auf, unverzüglich eine Neubewertung des TEN-Vorhabens vorzunehmen. Es zeichne sich deutlich ab, dass die Schere zwischen Kosten und Nutzen für das vom Steuerzahler zu finanzierende Projekt auseinander klaffe. Erst kürzlich forderte der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages zusätzliche infrastrukturelle Maßnahmen wie eine alternative Fehmarnsundbrücke, den Ausbau des Bahnknotens Lübeck oder ein drittes Gleis zwischen Hamburg und Lübeck in den von Deutschland zu finanzierenden Teil aufzunehmen. Mehrkosten zu den vom Bundesrechnungshof prognostizierten 1,7 Milliarden: mindestens weitere 500 Millionen Euro. Gleichzeitig reduziere die Deutsche Bahn mal eben ihre Verkehrsprognose um glatte 50 Prozent, während das Straßenverkehrsaufkommen grundsätzlich noch nicht einmal ausreiche, um den Bau einer Umgehungsstraße in einer Kleinstadt rechtfertigen. „Und jetzt kommen die Dänen und sagen, auch ihr Teil sei um eine Milliarde gestiegen. Es ist doch keinem Bürger zu vermitteln, dass sich die Projektkosten der geplanten festen Fehmarnbeltquerung nach der politischen Entscheidung von ursprünglich insgesamt 5,5 Milliarden auf jetzt fast 10 Milliarden verdoppeln werden“, so Peter Ninnemann, Sprecher der Allianz. Angesichts von staatlicher Schuldenbremse und Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sei eine derartige Investition nicht zu vertreten.

Bahnchef Rüdiger Grube hatte auf einer Pressekonferenz gestern Fehler in der Kommunikation bei Stuttgart 21 eingeräumt und versprochen, dass alles auf den Tisch komme. „Wir gehen davon aus, dass Bund und Bahn aus Fehlern lernen und bei einem ähnlich kontrovers diskutierten, ähnlich teuren und ebenso intransparent abgewickelten Projekt wie der Fehmarnbeltquerung frühzeitig gesprächsbereiter sein werden“, so Malte Siegert, beim NABU Bundesverband zuständig für die feste Fehmarnbeltquerung und ebenfalls Sprecher der Allianz. Gespräche mit Vertretern des Landes Schleswig-Holstein wären zwar richtig, entschieden würde aber in Berlin. Deswegen müssen Deutsche Bahn und Bundesverkehrsministerium endlich in einen direkten Dialog mit der Region treten.

Wenn man in Berlin jedoch darauf setze, dass in Ostholstein weniger Menschen auf die Straße gingen und das Medieninteresse geringer wäre, würde man sich wundern. „Die zehn in der Allianz vereinten Bürgerinitiativen zwischen Puttgarden und Lübeck wachsen, sind kreativ und erfreuen sich wie in Stuttgart einer breiten bürgerlichen Mitte. Mega-Projekte wie früher nach Gutsherrenmentalität im Basta-Stil über die Menschen hinweg durchzupeitschen, wird auch hier nicht funktionieren“, ist auch Ulrike Pennings, ebenfalls Sprecherin der Allianz, fest überzeugt. Das wolle man auch auf der Demo am Mittwoch um 17.30 Uhr in Lübeck vor der Musik- und Kongresshalle deutlich machen.

Die Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung ist der Zusammenschluss von zehn Bürgerinitiativen zwischen Bad Schwartau und Puttgarden, die sich gegen eine feste Fehmarnbeltquerung engagieren.